



Stellungnahme Schwedens zum Antrag der Nord Stream AG auf Ausnahmegenehmigung gemäß Artikel 49a der Gasrichtlinie

Sehr geehrte Kollegen,

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, an den Konsultationen teilzunehmen, die sich gemäß den Aufforderungen auf Artikel 49a der Gasrichtlinie beziehen.

Die Nord Stream AG beantragt eine Ausnahmegenehmigung von den Bestimmungen der §§ 8–10e und §§ 20–28 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Die Ausnahmegenehmigung soll für den von der Nord Stream AG betriebenen Leitungsabschnitt der Nord Stream-Gasverbindungsleitung, der sich auf deutschem Gebiet befindet, für die Dauer von maximal 20 Jahren und unabhängig von der Möglichkeit späterer Verlängerungen gelten. Sollte die maximale Frist nicht gewährt werden, kündigt die Nord Stream AG einen zweiten Antrag an, der mit einer möglichst langen Frist eingereicht werden soll.

Schweden stellt nicht in Frage, dass eine Übergangszeit erforderlich ist, bevor die Anwendung der grundlegenden Regeln der Gasrichtlinie auf die Nord Stream-Pipelines auf deutschem Gebiet erfolgt. Da es Schweden nicht möglich war, die vertraulichen Teile der Argumentation diesbezüglich zu prüfen, werden wir auf eine Stellungnahme zur Dauer einer Ausnahmeregelung verzichten.

Nach unserer Auslegung umfasst § 28b EnWG, welcher Artikel 49a der Gasrichtlinie in deutsches Recht umsetzt, Ausnahmen von der Entflechtung, den nichtdiskriminierenden und regulierten Zugang Dritter, die Bereitstellung von Ausgleichsleistungen und die Beschaffung von Energie für den Betrieb der Leitung sowie den Zugang zu vorgelagerten Leitungen und Speichern. Der Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung wurde entsprechend formuliert.

Nach unserem Verständnis können jedoch Ausnahmegenehmigungen nach § 28b EnWG nur in Bezug auf Übertragungsleitungen gewährt werden.

Schweden hat eine zusätzliche Frage, die möglicherweise auf eine Fehlinterpretation des EnWG zurückzuführen ist. Nach dem Verständnis Schwedens ist laut Artikel 49a der

Gasrichtlinie keine Ausnahmegenehmigung bezüglich der Bestimmungen des Artikels 13 (5) der Richtlinie möglich, der besagt, dass die Fernleitungsnetzbetreiber die Energie, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verwenden, nach transparenten, nichtdiskriminierenden und marktorientierten Verfahren beschaffen müssen. Sind diese Bestimmungen der Richtlinie durch § 22 EnWG in deutsches Recht umgesetzt worden?

Abschließend möchten wir die Bundesnetzagentur über Folgendes informieren: Die schwedische Antwort in dieser Angelegenheit ist Gegenstand abteilungsübergreifender Konsultationen, die nicht in deutscher Sprache durchgeführt werden können. Wir werden Ihrer Bitte um eine Antwort in deutscher Sprache mit einer unverbindlichen Übersetzung innerhalb weniger Wochen nachkommen.

Hochachtungsvoll

